

Euro Finance Week bietet exklusiven Treffpunkt für institutionelle Investoren und Asset Manager

Erfolgreiche Premiere des FAROS Institutional Investors Forum (FIIF)

Mit rund 240 Teilnehmern der institutionellen Anlegerszene aus Deutschland, Österreich und der Schweiz gelang dem FAROS Institutional Investors Forum (FIIF) am 19. November ein erfolgreicher Start. Im Rahmen der 18. Euro Finance Week präsentierte sich die Asset-Management-Branche in einem besonders exklusiven Rahmen in Fachforen und Roundtables den institutionellen Teilnehmern.

Damit gelang dem Veranstalter eine erfolgreiche Weiterentwicklung des „Frankfurt International Investors Days“, der bereits vor einem Jahr an gleicher Stelle stattfand. Aufgrund der Partnerschaft mit FAROS, ein seit

mehr als einem Jahrzehnt inhabergeführter Investment Consultant, der institutionelle Investoren in Deutschland, Österreich und der Schweiz berät, war das FIIF aber deutlich fokussierter auf das Segment der großen institutionellen Investoren ausgerichtet.

In einem Umfeld fast „abgeschaffter“ oder gar negativer Zinsen und besonderer regulatorischer Herausforderungen war das Informationsbedürfnis der Großinvestoren auch besonders hoch. Unter dem Motto „Von Investoren Für Investoren“ fanden verschiedene Fachpanels statt, unter anderem zu aktuellen Anlagethemen wie Infrastrukturinvestments, Immobilien sowie Absolute Return-Ansätzen.

Die Keynote hielt Peter Praet, der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank. Wenige Tage vor der nächsten Ratssitzung der EZB ging Praet auf die konjunkturellen Perspektiven in der Eurozone ein und verteidigte das QE-Programm der Notenbank. Direkt auf Praet reagierte kontrovers Prof. Steve Keen, renommierter Chef der School auf Economics, an der Kingston University in London und warnte vor den Folgen der „Geldschwemme“. Im Anschluss referierte Dr. Karl Sevelda, CEO der Raiffeisen Bank International, über Zentral- und Osteuropa als Impulsgeber für Investitionen und Wachstum in Europa.

Vertreten waren Unternehmen wie Nestlé, KION, ZF Friedrichshafen, Swiss Re, Vienna Insurance Group, Uniqa Versicherung, Zürich Versicherung, Alte Leipziger, kirchliche Versorgungskassen, die Ärztesorgung Hessen, die Architektenversicherungen NRW und Baden-Württemberg, die Pensionskasse für die deutsche Wirtschaft, der Pensionsfonds von PWC, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, die Volkswagen Stiftung, die Bundesumweltstiftung, der BVV, die SOKA Bau und viele mehr.

Die teilnehmenden Top-Entscheider vertraten insgesamt rund 500 Mrd. Euro Assets, die im derzeitigen Niedrigzinsumfeld händierend nach Alternativen in der Vermögensanlage suchen. Der Trend geht eindeutig zu illiquiden Investments, und daher

war am Nachmittag die Podiumsdiskussion „Anlageperspektiven 2016 – Lique vs. Illiquide Investments“, die von Uwe Rieken, Geschäftsführer der FAROS Consulting, moderiert wurde, ein besonderes Highlight. Dieser meinte: „Es gibt keine Alternative zu den Alternativen“.

Andreas Scholz, Geschäftsführer der Maleki Communications Group: „Mit dem FIIF wurde eine besonders exklusive Plattform innerhalb der Euro Finance Week geschaffen. Zusammen mit unserem Partner FAROS wollen wir das FIIF zu dem Treffpunkt von institutionellen Anlegern und ausgewählten Asset Managern im Jahreskalender machen. Unsere Botschaft ist dabei klar: Es zählen die fachlichen Inhalte, und auf zehn Investoren kommt maximal ein Asset Manager als Sponsor.“

Diese „Quote“ von „10 zu 1“ kam besonders klar bei den Roundtables zum Ausdruck. In zwei einstündigen Runden konnte sich jeder Asset Manager bis zu zehn Investoren pro Tisch präsentieren. Top-Fondsmanager und Anlagestrategen konnten so im kleinen Kreis mit den institutionellen Investoren zu einem Fokus-Thema diskutieren. Zu den behandelten Themen zählten unter anderem Lösungsansätze im Umfeld negativer Zinsen, Multi-Asset-Strategien, Anlageoptionen in illiquiden Assets sowie die Anlage in „stabilere“ Aktien mit Renditepotential.

Nach so vielen „Milliarden“ brachte der Abschlussvortrag die richtige Abrundung. Ben Moore, Professor für Astrophysik an der Universität Zürich, nahm die Teilnehmer des FIIF mit auf eine Reise in noch ganz andere Dimensionen, nämlich zu den „Elefanten im All“.

Der Termin für die Neuaufgabe des FIIF steht schon fest: der 17. November 2016 – wieder im Rahmen der Euro Finance Week im Congress Center der Messe Frankfurt und wieder einen Tag vor dem European Banking Congress, an dem auch in diesem Jahr einige Top-Investoren zu Gast waren.

Auch 2016 soll wieder besonderer Wert darauf gelegt werden, dass der exklusive Charakter des Forums auf jeden Fall erhalten bleibt.



FIIF 2015 – exklusiver Rahmen und innovatives Standkonzept.



Roundtables beim FIIF – intensiver Austausch mit den institutionellen Investoren.

FOTOS: JENS BRAUNE



„Economic Outlook – Challenges and Chances for 2016“: Keynote beim FIIF von Peter Praet (Europäische Zentralbank) FOTO: JENS BRAUNE

IN EINER WELT IM WANDEL
HILFT IHNEN EIN
VERLÄSSLICHER PARTNER
IHRE ZIELE ZU ERREICHEN.



BNP PARIBAS BEGLEITET SEIT 1947 KUNDEN IN DEUTSCHLAND
Mit der Expertise von 13 vernetzten Geschäftsbereichen und rund 5.000 Mitarbeitern an 19 deutschen Standorten verschaffen wir unseren Kunden auch in Zukunft entscheidende Wettbewerbsvorteile.
www.bnpparibas.de



BNP PARIBAS

Die Bank
für eine Welt
im Wandel

Gute Wirtschaftspolitik für Exporte benötigt



Deutschland ist international wettbewerbsfähig, kann seine Stärke aber nur in einem guten globalen Umfeld halten.

Die Weltwirtschaft ist im Umbruch. Wichtige aktuelle Trends werden in Deutschland durchaus mit Sorge betrachtet. Lange Zeit hatten die Schwellenländer mit ihrem hohen Wachstum die globale Konjunktur bestimmt. Allen voran beeindruckte China, dessen Entwicklungsmodell die konsequente Förderung von Exporten und Investitionen vorsah und dem Land zweistellige Wachstumsraten ermöglichte. Diese Boomphase der Schwellenländer ist vorüber, vielerorts hat sich die Konjunktur erheblich abgekühlt. Hier offenbaren sich strukturelle Schwächen, in China spielt aber auch das wirtschaftspolitische Umsteuern mit größerer Betonung von Konsum und Dienstleistungen eine Rolle. Ein zweiter Trend ist die Abschwächung des Welthandels. In der Zeit vor und nach der globalen Finanzkrise war der Weltmarkt deutlich stärker als das Welt-BIP gestiegen. In letzter Zeit ließ hier die Dynamik sehr nach.

Deutschland hatte sich lange erheblich besser halten können als viele andere Industrieländer, wie die Analyse der regionalen Struktur des Welthandels zeigt. Zwischen 2000 und 2014 ist der Anteil der Entwicklungs- und Schwellenländer (EL/SL) an den Weltexporten erheblich von rund 35 auf fast 50 Prozent gestiegen, angeführt von China, dessen Anteil kontinuierlich und massiv von 4 auf über 12 Prozent zunahm. Interessant

ist der Blick auf die Industriestaaten im Einzelnen. In dem genannten Zeitraum haben zum Beispiel die Vereinigten Staaten, Japan und Großbritannien stetig und signifikant an Bedeutung verloren. Anders Deutschland: Sein Welthandelsanteil stieg bis 2005 (10 Prozent) sogar an, ging anschließend nur relativ wenig zurück und erhöhte sich seit 2012 wieder leicht auf 8 Prozent im Jahr 2014.

Offenbar besaß und besitzt Deutschland grundsätzlich ein hohes Innovationspotential, leistungsfähige Institutionen und eine ausgeprägte Anpassungsfähigkeit, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Wichtig ist aber auch die Struktur der deutschen Exporte. Diese bestehen zu rund 45 Prozent aus Investitionsgütern (Maschinenbau, Elektrotechnik/Elektronik, Fahrzeuge etc.).

den Bereich der Infrastruktur bis 2020 auf 2 Billionen Euro. Ähnliches gilt für andere Industriestaaten, teilweise liegen die Bruttoanlageinvestitionen aktuell noch immer unter dem vor der globalen Finanzkrise erreichten Niveau.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern ist hierbei besonders der öffentliche Sektor im Fokus – Engpässe in der Energieversorgung, überlastete Straßen, Häfen und Flughäfen, marode Eisenbahnen, fehlende Kläranlagen. Die Weltbank schätzt, dass die EL/SL bis zum Jahr 2020 pro Jahr rund 820 Milliarden US-Dollar in ihre Infrastruktur investieren müssten. Zwar dürfte dieses Volumen nicht erreicht werden, Hoffnung macht immerhin, dass viele Schwellenländer inzwischen Besserung geloben und auch die Finanzierungsangebote zunehmen (BRICS New Development Bank, Asia Infrastructure Investment Bank – AIIB).

Für die deutsche Investitionsgüterindustrie ergeben sich also eigentlich gute Perspektiven, sie kann derartige Infrastrukturbedarf befriedigen. Allerdings ist Bedarf nicht mit effektiver Nachfrage gleichzusetzen. In Industriestaaten muss es darum gehen, den zwar engen, aber durchaus bestehenden finanziellen Spielraum der öffentlichen Hand zu nutzen, indem verfügbare Ressourcen stärker in Investitionsprojekte gelenkt und auch die Rahmenbedingungen für Public Private Partnership (PPP) verbessert werden. Für Schwellenländer gelten einerseits ähnliche Überlegungen, andererseits muss es dort jedoch ebenso zum Beispiel um eine Erhöhung der Staatseinnahmen (effektivere Steuererhebung) oder einen Abbau fragwürdiger Subventionen gehen.

Somit braucht die deutsche Exportwirtschaft eine gute Wirtschaftspolitik im In- und Ausland, sie muss aber auch eigene Hausaufgaben machen. Die politische Entscheidung Deutschlands und anderer Industriestaaten, sich an der Gründung der AIIB kapitalmäßig zu beteiligen, war richtig. Die Bemühungen, die Märkte offen zu halten und Handelshemmnisse abzubauen, möglichst auf der Ebene der Welthandelsorganisation WTO, sind wichtiger denn je. Auf Seiten der Unternehmen lauten die Stichworte auf der To-do-Liste Investitionen (Erhalt und Modernisierung des Kapitalstocks), Weiterbildung der Mitarbeiter/innen (Humankapital) sowie Ausbau des Innovationspotentials (Forschung und Entwicklung).

Dr. Jörg Zeuner ist seit 2012 Chefvolkswirt der KfW und leitet die volkswirtschaftliche Abteilung der Bankengruppe.

Für die deutsche Investitionsgüterindustrie ergeben sich gute Perspektiven, sie kann den Infrastrukturbedarf im Ausland befriedigen.

Hierfür gab es im Ausland eine hohe Nachfrage. Auch zukünftig ist der Bedarf an Investitionen weltweit erheblich, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist klar, dass weiteres Wirtschaftswachstum zusätzliche öffentliche und private Investitionen erfordert. Zweitens gibt es aber auch gewaltigen Nachholbedarf. Zum Beispiel hat sich in der Eurozone als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise eine ausgeprägte Investitionsschwäche herausgebildet. Die Europäische Investitionsbank (EIB) beziffert den Investitionsbedarf in der EU allein für